

## Stand der gutgeheissenen parlamentarischen Vorstösse

Antrag vom 6. Juni 2016

**CVP-GLP-Fraktion / SP-GRÜ-Fraktion / FDP-Fraktion / SVP-Fraktion (Sprecherin: Suter-Rapperswil-Jona)**

*Auftrag:*

Die Regierung wird beauftragt, im Bericht zum Postulat 43.08.15 auf die drei folgenden Organisationsmodelle näher einzugehen und deren Vor- und Nachteile sowie deren Auswirkungen auf die Fachhochschulen, den Kantonshaushalt und die Trägerkantone und das Fürstentum Liechtenstein als Ergänzung zum heutigen Modell mit drei selbstständig geführten Fachhochschulen aufzuzeigen. Die drei neuen Organisationsmodelle sind: ein Organisationsmodell mit einer akkreditierten Fachhochschule mit den drei Standorten St.Gallen, Buchs und Rapperswil, sowie zwei Organisationsmodelle mit jeweils zwei akkreditierten und einer selbstständig geführten Fachhochschule.

*Begründung:*

Das vor acht Jahren gutgeheissene Postulat 43.08.15 «FHO wohin? Zeitgemässe Strukturen für eine erfolgreiche Positionierung der Fachhochschulen» verlangt unmissverständlich, dass die Regierung verschiedene Organisationsmodelle im Vergleich zur heutigen Situation prüfen soll. Sie soll sich dabei vom Grundsatz «so viel zentrale Steuerung wie nötig, so viel dezentrale Eigenverantwortung der einzelnen Schulstandorte wie möglich» leiten lassen. Die zwischenzeitlich ohne Rücksprache mit dem Kantonsrat vorgenommene Weichenstellung der Regierung kennt demgegenüber nur eine Prämisse, nämlich eine einzige akkreditierte Schule mit einem einzigen Hochschulrat und einem einzigen Rektorat. Begründet wird der Vorentscheid damit, dass nur auf diese Weise die Akkreditierung sichergestellt werden könne. Die Fachmeinungen hierzu sind aber nicht einheitlich. Vor allem entspricht dies nicht dem Auftrag des Postulats. Dieses verlangt klar die Prüfung von verschiedenen Optionen, denn es entspricht dem Willen des Parlamentes, dass es zuerst über die verschiedenen Organisationsmodelle diskutieren und befinden kann, bevor man sich für ein bestimmtes Modell entscheidet. Aus diesem Grund soll die Regierung noch einmal beauftragt werden, verschiedene denkbare Organisationsmodelle zu prüfen und diese einschliesslich Vor- und Nachteile sowie Auswirkungen in einem Bericht darzulegen, der im Parlament erörtert werden kann.